



GRÜNSPIEGEL

informativ • parteilich • aktuell

Mai/Juni 2007

Informationen zur grünen Kommunalpolitik
in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Ausgabe 31

Kreistagsfraktion wählt neuen Vorstand

Fraktionsvorsitzender Daniel Renkonen einstimmig
bestätigt / Stellvertreterposten neu besetzt

Die Grüne Kreistagsfraktion hatte gleich zu Beginn der Amtsperiode beschlossen, ihren Vorstand nach zweieinhalb Jahren neu zu wählen, da die meisten Fraktionsmitglieder ganz neu im Kreistag waren. Die beiden erfahrenen Kreisräte Daniel Renkonen und Armin Haller wurden deshalb zu Beginn zusammen mit Marion Bienstock-Hanke als Fraktionsvorstand gewählt. Nachdem die Fraktion nun mehr als zwei Jahre sehr gut zusammen arbeitet, wurden die erneuten Vorstandswahlen wie beschlossen durchgeführt. Dabei wurde Daniel Renkonen (Ludwigsburg) als Fraktionsvorsitzender einstimmig wieder gewählt. Die Kreistagsfraktion bestätigte ihrem Vorsitzenden damit gleichzeitig die Zufriedenheit mit seinem Engagement.



DANIEL RENKONEN, BARBARA BADER, ARMIN ZEEB UND EVA MANNHARDT

Neu besetzt wurden die beiden Stellvertreterposten: Barbara Bader will in Zukunft noch deutlicher die finanzpolitischen Themen in den Vordergrund rücken; für Armin Zeeb ist die Sozialpolitik im Kreis ein wichtiges Thema. Bereits im letzten Jahr wurde die Stelle des Pressesprechers neu gewählt. Pressesprecherin Eva Mannhardt (Kornthal-

Münchingen) vermittelt die politischen Standpunkte sowie die Eingaben und Anträge der Fraktion in die Gremien des Kreistags an die Presse im Landkreis.

Hervorragend neu aufgestellt und mit frischem Wind wird die Grüne Kreistagsfraktion jetzt in die nächste Hälfte der Amtszeit einsteigen. (reda)

Treten Sie näher, Herr Tur Tur

Oder: Angela Merkel und der G8-Gipfel

VON SEBASTIAN ENGELMANN

Angela Merkel wird für ihre Erfolge beim G8-Gipfel gefeiert. Warum eigentlich? Von ihren ursprünglichen Zielen hat sie kaum etwas erreicht. Und um eine Änderung der bestehenden Verhältnisse ging es in Heiligendamm gar nicht. Chancengleichheit wird es in der Weltwirtschaft auch in Zukunft nicht geben, statt für alle, gelten marktwirtschaftliche Bedingungen weiterhin v.a. für Afrika.

Ich erinnere mich noch gut an Herr Tur Tur, den Scheinriesen, der Jim Knopf auf seiner langen Reise behilflich ist. Tur Tur ist eigentlich ein gewöhnlicher Mensch, aber von Weitem sieht er aus wie eine Riese. Erst wenn man näher tritt, wird das Geheimnis der optischen Täuschung gelüftet. Angela Merkel erinnert mich an Tur Tur. Durch geschicktes Politikmarketing in Szene gesetzt und medial unterstützt, wirkt sie nach dem G8-Gipfel wie ein Riese: Klimakompromiss ausgehandelt, Hilfe für Afrika zugesichert, im Raketenstreit geschlichtet und dazu noch für prima Stimmung gesorgt – so liest sich ihre angebliche Erfolgsbilanz. Aber Frau Merkel ergeht es wie Herrn Tur Tur: Gehen wir ein paar Schritte näher und wir erkennen in dem außenpolitischen Riesen einen Scheinriesen.

Gipfelthema Klimaschutz: Ich werde nicht in den Chor derer einstimmen, die den Heiligendammer Klimakompromiss als große Enttäuschung bewerten. Dass der Republikaner George W. Bush einen Klimabericht anerkennt, in dem die globale Erderwärmung auf den Menschen zurückgeführt wird, dass er sich einem Kyoto-Nachfolgeprozess unter der Führung der Vereinten Nationen nicht widersetzt hat, ist bemerkenswert. Das Unverkennbare anzuerkennen soll ein großer Schritt sein? Ja, weil Bush Amerikaner und Republikaner ist. Bis zuletzt ist der Klimawandel in den USA von republikanischer Seite schlichtweg gelehnet oder mit abstrusen Argumenten als natürliche Entwicklung erklärt worden. Das ist vorbei, hinter seine Zugeständnisse kann Bush nicht mehr zurück. Der Punkt geht an Angela Merkel.

Gehen wir aber einen Schritt weiter: Dass das nun Erreichte das Optimale war, dürfte auch der Kanzlerin schon vor Monaten klar gewesen sein. Niemand wird ernsthaft erwarten haben, dass sich Bush auf verbindliche CO2-Reduktionen festlegt, wenn doch alleine die Anerkennung eines von Menschen verursachten Klimawandels für ihn ein schier unüberwindbares Hindernis darstellte. Das wusste Angela Merkel. Trotzdem hat sie noch vor wenigen Wochen bekräftigt, dass der G8-Gipfel verbindliche Reduktionsziele bis zum Jahr 2050 vereinbaren sollte. Sie hat die Öffentlichkeit getäuscht, da sie dies wider besseres Wissen sagte. Aber der Kampf gegen den Klimawandel wird eben seit Längerem nicht mehr nur bei grüner Klientel goutiert und da passen kraftvolle Ankündigungen gut ins Bild. Kurz vor dem Treffen ruderte Merkel zurück, um dann die Ergebnisse als gro-

ßen Erfolg zu feiern. Dabei hat sie, gemessen an ihren ursprünglichen Zielen, kaum etwas erreicht.

Gipfelthema Afrikahilfe: 60 Milliarden für Afrika und dazu noch das Versprechen die zwei Jahre alten Versprechen von Gleneagles einzuhalten. Klingt gut. Wiederm Punkt für Merkel, hat Grönemeyer umsonst geschimpft?

Gehen wir einen Schritt näher: In Heiligendamm wurde kein verbindlicher Finanzplan, geschweige denn Verpflichtungen für einzelnen Länder vereinbart. Die USA wollen 30 Milliarden für die Krankheitsbekämpfung, Deutschland will 15 Milliarden ausgeben – guter Wille ist schön, aber wie oft lies er in der Vergangenheit konkrete Taten folgen? Von gutem Willen allein wird kein Afrikaner satt und uns als Steuerzahler kostet er über 100 Millionen.

Andere Ergebnisse waren gar nicht zu erwarten. Denn in Heiligendamm ging es nie darum, etwas an der bestehenden Ordnung zu ändern, es ging darum, Symptome zu kurieren. Haben sich die Staatsmänner und unsere Staatsfrau über eine Lockerung des restriktiven Patentschutzes für Aids-medikamente unterhalten? Wurde über den Abbau von Handelszöllen und Produktsubventionen verhandelt? Ging es um eine Öffnung der westlichen Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern? Nein.

Die G8 zeigen gar kein Interesse daran, dass die Globalisierung konsequent nach marktwirtschaftlichen Kriterien verläuft. Denn hier irren viele Globalisierungskritiker: Ein Problem der bestehenden Weltwirtschaftsordnung ist vielfach, dass es keine freien Märkte und keinen freien Handel gibt. Die marktwirtschaftlichen Bedingungen gelten vor allem für die Entwicklungs- und die Schwellenländer. Der Westen hat nach guter protektionistischer Art Zäune errichtet. Ein mehr an Globalisierung im Sinne von fairen Handelsbedingungen hätte das Ergebnis von Heiligendamm sein sollen. Wie kann ein freier Markt funktionieren, wenn ein Teil der Marktteilnehmer keine gleichen Chancen hat? Würden wir ein Fußballspiel fair finden, in dem eine Mannschaft mit 20 Toren Vorsprung antreten darf?

Ich bin enttäuscht von der liberalen Angela Merkel. Eine der liberalen Grundüberzeugungen schlechthin ist die Chancengleichheit. Die hat Afrika nicht. Und Merkel hat sich nicht einmal darum bemüht.

Trotzdem schwimmt sie auf einer Welle der Sympathie. Symbolische Politik ist eben doch leichter als substanzvolle. Das hat sie, die Schröder und Fischer gern politische Inszenierung vorwarf und einen neuen, nüchternen Politikstil propagiert hat, schnell gelernt.

Aber Eines sei ihr versichert: In einem Punkt betrachte ich sie überhaupt nicht als Herrn Tur Tur. Denn der wurde schließlich zum lebendigen Leuchtturm in Jim Knopfs Lumberland – mit Verlaub, ein Leuchtturm in der deutschen Politik ist die Kanzlerin für mich nicht.

50 Millionen € für den Klimaschutz

Aufschwung bringt mehr Steuereinnahmen – aber auch mehr CO2

VON FRANZ UNTERSTELLER

Der Konjunkturaufschwung lässt die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand kräftig sprudeln. Von den geschätzten Mehreinnahmen für Baden-Württemberg von 1 Mrd € jeweils in den Jahren 2007 und 2008 wollen CDU und FDP einen Teil in neue Ausgaben stecken, und auch für 2009 bis 2011 planen sie weitere Mehrausgaben. Da aber der Wirtschaftsaufschwung und die zusätzlichen Steuereinnahmen mit erhöhten CO2-Emissionen „bezahlt“ werden, sind zusätzliche Maßnahmen zum Schutz des Klimas notwendig. Der Klimaschutz als elementare Aufgabe unseres Landes existiert im schwarzen gelben Ausgabenpaket nicht. Dabei hatte dies Ministerpräsident Oettinger in seiner Regierungserklärung angekündigt.

Die Reaktion der Landesregierung auf den Statusbericht des Weltklimarats

Die Landesregierung zeigt sich besorgt; Konsequenzen werden aber nicht gezogen. Ministerpräsident Oettinger und seine Umweltministerin verweisen lediglich auf das 2005 verabschiedete, aber völlig unzureichende „Klimaschutzkonzept 2010“.

Das bisherige Scheitern

- Selbstgesteckte CO2-Minderungsziele wurden verfehlt
- Das Ziel des von der Landesregierung 2002 verabschiedeten Umweltplans lautete: Absenkung der CO2-Emissionen bis Ende 2005 auf unter 70 Mio. t. Fakt ist aber, dass wir nach wie vor bei rund 75 Mio. t/a liegen. Angesichts der guten Konjunktorentwicklung ist eher mit einem erneuten Anstieg als mit einer dringend notwendigen Absenkung des für 2010 anvisierten Ziels von weniger als 65 Mio. t/a zu rechnen.
- Die Erneuerbaren sehen keine Sonne Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien hinken wir dem Bundestrend hinterher. Ende 2006 wurden 12 Prozent der Stromerzeugung durch erneuerbare Energieträger abgedeckt. Hierzulande waren es 10 Prozent. Mit gerade 0,47 Prozent trägt die Windenergienutzung derzeit kaum zur Stromerzeugung im Land bei. In Rheinland-Pfalz sind es 6,5 Prozent. Beispiel Biomassenutzung: Zum Jahreswechsel lag der Anteil an der bundesweit installierten Leistung bei Biogasanlagen in Bayern und Niedersachsen jeweils bei 27, hier gerade mal bei 14 Prozent.
- Das Land der Häuslebauer verschläft die Entwicklung Nordrhein-Westfalen hat bereits vor drei Jahren ein Programm aufgelegt, mit dem die Errichtung von 50 Solar-

siedlungen unterstützt wird. 17 Projekte mit 1600 Wohneinheiten sind inzwischen bereits fertig gestellt. Ein ähnliches Programm sucht man im Land der Häuslebauer bislang vergeblich.

• Von wegen Vorbildfunktion bei der Gebäudesanierung Das Land verfügt über rund 8900 Gebäude mit einer Nutzfläche von ca. 7,5 Mio. m². Mit der energetischen Sanierung ihres Gebäudebestands würde das Land ein Zeichen setzen und seiner Vorbildfunktion gerecht werden. Und es würde Kosten sparen: Die jährliche Heizungsrechnung des Landes von rund 100 Mio. € ließe sich drastisch reduzieren. Und die Realität? Beispiel Karlsruhe: Von den 407 landeseigenen Gebäuden wird nicht eines mit erneuerbaren Energien beheizt. In den letzten 10 Jahren wurden ganze 19 Gebäude energetisch saniert.

• Zu wenig Kohle für den Klimaschutz 16 Mio. € stehen nach Angaben von Ministerin Tanja Gönner im Haushalt des Umweltministeriums dieses und kommenden Jahr für Klimaschutzvorhaben zur Verfügung. Das entspricht 4 Prozent des UM-Haushaltsvolumens und gerade einmal 0,4 Promille des gesamten Landeshaushalts. An sich vernünftige Ansätze wie das Programm „Klimaschutz Plus“, aus dem Kommunen sowie kleine und mittlere Unternehmen für innovative Maßnahmen zur CO2-Reduzierung bezuschusst werden, (2007 4,3 Mio. €; 2008 3,8 Mio. €) sind bereits zur Jahresmitte leergefegt. Auch die Berücksichtigung der im Haushalt des Wirtschaftsministeriums veranschlagten Mittel ändert an dieser Bilanz nur wenig. 2,3 Mio. € stehen in diesem Jahr z.B. für die Förderung des gesamten Bioenergiespektrums, einschließlich Nahwärmennetzen, zur Verfügung. Zum Vergleich: Allein für die Stilllegung der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe werden 2007 und 2008 mehr als das Doppelte an Mitteln (2007 5,6 Mio. €; 2008 6,3 Mio. €) bereitgestellt.

1 Mrd. Steuermehreinnahmen – und der Klimaschutz geht leer aus?

Die CDU/FDP-Landesregierung hat den Klimaschutz überhaupt nicht im Blick: Neben dem Startkapital für einen Pensionsfonds (500 Mio. €) sollen noch einmal weitere 150 Mio. € auf dann insgesamt 443 Mio. € allein für Stuttgart 21 abgezweigt werden. Hinzu kommen 100 Mio. € als Rücklagen für mögliche Einbußen bei der Unternehmenssteuerreform und 71 Mio. € für die Umstellung des Landeserziehungsgeldes. Für den Straßenbau werden 2008 und 2009 jeweils weitere 15 Mio. € aus den Steuermehreinnahmen bereitgestellt.

Klimaschutz als Markenzeichen – Vorschläge für ein 50 Mio. €-Klimaschutzpaket

Gerade reiche Industrieregionen müssen zeigen, dass Wohlstand und Wirtschaftswachstum Hand in Hand mit konsequentem Klimaschutz durch Energieeffizienz, -einsparung und dem Einsatz erneuerbarer Energien gehen können. Nur dann wird es gelingen, die dringend notwendigen Kurskorrekturen beim Umgang mit Energie in prosperierenden Schwellenländern positiv zu beeinflussen. Für eine Technologie-region wie Baden-Württemberg stecken in einer solchen Strategie zudem enorme wirtschaftliche Chancen.

Mit der Verwendung von je 50 Mio. € aus den für 2007 und 2008 prognostizierten Steuermehreinnahmen des Landes von rund 1 Mrd. € wollen wir den Klimaschutz vorantreiben und damit zugleich einen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts leisten. Einsetzen wollen wir die Mittel unter anderem für folgende Schwerpunkte:

- 100 Niedrigenergiegebäude im Bestand – energetische Sanierung von landeseigenen Gebäuden
- Als neues Teilprogramm der energetischen Sanierung landeseigener Gebäude sollen pro Stadt- und Landkreis mindestens je zwei landeseigene Gebäude aus dem Bestand in Richtung Niedrigenergiestandard (Energieeffizienzwert ca. 80 Prozent) saniert werden.
- Passiv- und Nullenergiehäuser beim Neubau zum Standard machen
- Mit einem neuen Programm „Solares Bauen“ wollen wir das Land bundesweit zur Nummer Eins beim solaren Bauen machen. In jedem der vier Regierungsbezirke wollen wir bis 2012 im Rahmen eines Wettbewerbs mindestens je zwei mit Landesmitteln geförderte Solarsiedlungen errichten.
- Mauenheim könnte überall sein Seit Herbst letzten Jahres wird in der bei Tuttingen gelegenen Gemeinde bewiesen, dass es möglich ist, ganze Kommunen zu 100 Prozent mit rege-

weiter auf Seite 4

Ausschneiden und an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Ludwigsburg, Uhlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg schicken

Ja, ich will Mitglied bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN werden:

Name, Vorname: Kreis:
 Straße, Nr.: E-Mail:
 PLZ, Ort: Beruf:
 Tel.: Geburtstag:
 Fax.: Geschlecht:

Datum, Unterschrift:

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, monatlich Euro (laut Satzung 1 % vom Nettoeinkommen) von folgendem Konto einzuziehen:

Bank: BLZ: Datum, Unterschrift:
 Kontonummer:

Grüne Stadträte pflanzen Mais – und protestieren damit gegen die Gentechnik

VON MARKUS GERICKE

Die Gemeinderatsfraktion der Grünen hat sich Anfang Mai auf einem Stückle in Neckarweihingen getroffen und Mais gepflanzt. In Handarbeit wurde der spezielle Bantam-Mais ausgebracht. Stadtrat Christian Kopp – gleichzeitig Landwirt in dem Ludwigsburger Stadtteil – setzt sich seit langem gegen Gentechnik in der Landwirtschaft ein.

Gemeinsam mit dem Bauernverband hat er schon den größten Teil der Landwirte dazu gebracht, sich selbst zu verpflichten, kein gentechnisch verändertes Saatgut zu verwenden. Denn: Die Risiken der Gentechnik sind zu hoch. Keiner kann absehen, welche Auswirkungen sie haben wird. Die aktuelle Rückrufaktion von gentechnisch verändertem Mais zeigt deutlich, dass dies nicht der Zukunftspfad für die Landwirtschaft sein kann.

Ziel der Pflanzaktion ist es unter anderem, über die Verwendung von gentechnisch verändertem Saatgut in der Umgebung informiert zu werden. Wer Bantam-Mais pflanzt und sich registrieren lässt, muss nicht nur über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Kenntnis gesetzt werden, sondern auch vor verändertem Pollen geschützt werden.



AUCH DIE KLEINSTEN HELFEN MIT BEIM MAISPLANZEN

FOTO: SILKE GERICKE

Die Aktion ist auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt zu sehen. Sollten wir es nicht unterlassen, in so sensiblen Bereichen in die Schöpfung eingreifen zu wollen? Die von den Herstellern gepriesenen Chancen der Gentechnik stehen in keiner Relation zum Druck, der auf die Landwirtschaft aufgebaut wird. Daher begrüßen die Grünen die Selbstverpflichtung der Landwirte und danken dem

Vorsitzenden des Kreisbauernverbandes für die gute Zusammenarbeit. Rechtzeitig zur Saat hat es kräftig geregnet, so dass die Pflanzen hoffentlich bald sprießen werden und der Ernte im Herbst dann nichts im Weg steht.

Zwischendrin wird die grüne Fraktion wohl aber noch einmal zum Bodenlockern und Unkrautjäten kommen müssen.

Brachflächen und Innenentwicklung müssen Vorrang haben

VON ROSWITHA MATSCHINER

Wir plädieren im Gemeinderat für eine Aufhebung der Umlegungsbeschlüsse in den Baugebieten „Am Wasserfall“ (Pflugfelden) und „Neckarterrasse“ (Neckarweihingen). Ich sehe in der Blockade der Firma Layher die Chance für eine Korrektur in der Baulandpolitik. Der Gemeinderat hatte die Mitte der 90er Jahre gefällte Entscheidung, vor einer Ausweisung von Bauland im Außenbereich die Kasernenareale zu entwickeln, aufgehoben und neue Flächen in Poppenweiler (Jahnstraße), Neckarweihingen und Pflugfelden ausgewiesen. Während das Gebiet Jahnstraße, das wir abgelehnt haben, bereits in der Umsetzung ist, geht es mit Neckarweihingen und Pflugfelden nicht voran, weil Layher den von der Stadt vorgegebenen Bebauungsplan nicht akzeptiert, die eigenen Interessen durchsetzen will und die Umlegungsbeschlüsse nicht unterzeichnet. Mit der „Hartenecker Höhe“ (Flakkaserne) werden aktuell gut 17 ha für eine Wohnbebauung erschlossen. Auch in Grünbühl-Sonnenberg werden zahlreiche neue Wohnungen in attraktiver Lage entstehen. Da stellt sich die Frage für weiteren Bedarf. Die Stadt muss nachhaltig planen und die Innenentwicklung mit berücksichtigen. Hier gibt es auch in Neckarweihingen noch Potenzial. Mit der Werbung um junge Familien entsteht

derzeit ein Konkurrenzkampf unter den Kommunen, der zu einem weiteren Ausbau der Infrastruktur und damit zu weiterem Flächenverbrauch führe. Diese Infrastruktur muss auch in Zukunft erhalten werden, wenn sich der Rückgang der Bevölkerung auch im dicht besiedelten Raum auswirkt. Wir unterstützen die Werbung um junge Familien, sind aber überzeugt, dass sich der Wohnbedarf ändern wird. Wenn die Kinder ausgezogen sind, führt das Einfamilienhäuschen im Grünen zu einer Vereinsamung im Alter. Parallel dazu breiten sich die Leerstände in den Innenstädten aus. Die städtische Infrastruktur mit öffentlichem Nahverkehr und kurzen Wegen zu sozialen und kulturellen Angeboten wird für alle wichtiger. Deshalb müssen wir attraktives Wohnen für Familien im Bestand schaffen. Damit würde auch Leerstand in den alten Ortskernen vermindert. Von der Stadtverwaltung fordern wir Zahlen über Flächenpotenzial und Leerstände im Bestand. Gerade in Ballungszentren muss der Außenbereich geschützt werden, weil wir für die Bevölkerung ausreichende Flächen für Freizeit, Naherholung und Landwirtschaft frei müssen. Nur so kann Stadtplanung auch zu Verkehrsminderung und Klimaschutz beitragen, während ein weiterer Ausbau der Infrastruktur mehr Flächenverbrauch, mehr Verkehr bedeutet und damit das Klima weiter belastet.

KREIS LUDWIGSBURG

Kritik an der EnBW

Strompreiserhöhung statt gesunkene CO2-Zertifikatspreise an Verbraucher weitergegeben

Scharfe Kritik an der angekündigten Strompreiserhöhung der EnBW hat der energiepolitische Sprecher der Grünen im Landtag Franz Untersteller geäußert. Die EnBW will für den Tarif „Aktiv Privat“ ab 1. September 2007 8,5 Prozent mehr und begründet dies mit gestiegenen Beschaffungskosten. Mit der gleichen Argumentation (abgesehen von der ebenfalls weitergereichten Mehrwertsteuererhöhung) seien auch die letzten Preiserhöhungen begründet worden, etwa mit dem Hinweis, die CO2-Zertifikate einpreisen zu müssen. Diese lagen vor Jahresfrist bei ca. 25 Euro pro Tonne CO2. Da die Zertifikate einem kräftigen Preisverfall unterliegen, können sie heute für unter 50 Eurocent erworben werden. Untersteller kritisierte, dass diese Kostenreduktion durch die EnBW nicht an die Verbraucher weiter gegeben werde. Auch die Strombezugspreise an der Leipziger Börse seien nicht gestiegen,

wenn nicht sogar gefallen. Untersteller forderte EnBW deshalb auf, die Strompreiserhöhung zurückzuziehen. An die Verbraucherinnen und Verbraucher gerichtet erinnerte Untersteller in diesem Zusammenhang an die Möglichkeit, den Stromanbieter zu wechseln. „Die Verbraucher haben es selbst in der Hand: Es genügt schon eine Postkarte, sich von Stromanbietern zu befreien, deren Preispolitik nicht transparent ist.“ Bei der Gelegenheit böte sich natürlich an, nicht nur auf den Preis zu achten, sondern auch darauf, woher der Strom komme. Mit der kräftigen Preiserhöhung bei der insgesamt hochpreisigen EnBW werde auch das Märchen widerlegt, Atomstrom sei billig und die Erneuerbaren teuer. „Preiswert und sauber ist längst auf dem Strommarkt zu haben. Ökostrom ist oft auch nicht teurer, und gelegentlich sogar billiger als Strom von Anbietern wie der EnBW.“ (reda)

Gegen den Ausbau der Kreuzung an der Aldinger Westtangente

Erweiterung wäre Vorgriff auf Andriof-Brücke

VON KARL BURGMAIER

Remseck. Wegen des Baus der Andriof-Brücke soll nach dem Willen des Regierungspräsidiums auf der Aldinger Westtangente die Kreuzung L 1144/K 1692 ausgebaut werden. Geplant sind:

- eine zusätzliche Rechtsabbiegespur (3,50 m breit, 110 m lang) aus Richtung Kornwestheim kommend
- eine Ampelanlage
- ein zusätzlicher Einfädelungsstreifen (3,25 breit, 150 m lang) auf der Westtangente Richtung Süden.

Nur so könne laut Regierungspräsidium der zusätzliche Verkehr als Folge des Baus der Andriof-Brücke bewältigt werden. In der nachmittäglichen Spitzenstunde passieren derzeit 1.828 Kraftfahrzeuge die Kreuzung, nach dem Bau der Andriof-Brücke werden für die nachmittägliche Spitzenstunde 3.067 Fahrzeuge prognostiziert, eine Zunahme um 68 %. Die Planer gehen davon aus, dass trotz dieser Verkehrszunahme sich die Lärm- und Abgassituation nicht signifikant verändern würde. Wie sie zu so einem Ergebnis kommen, bleibt ihr Geheimnis!

Derzeit werden die Träger öffentlicher Belange, darunter die Stadt Remseck, zu den Ausbauplänen angehört. Es ist schon erstaunlich, mit welchem Selbst-

bewusstsein das Regierungspräsidium die Ausbaupläne vorantreibt. Bereits bevor das Planfeststellungsverfahren für die Andriof-Brücke abgeschlossen ist, geht man an den Ausbau einer Kreuzung, damit der zusätzliche Verkehr durch den Bau der Andriof-Brücke verkraftet werden kann. Unsere Position: Wenn die Andriof-Brücke nicht gebaut wird, brauchen wir auch keinen Ausbau der Kreuzung!

Von einem ergebnisoffenen Verfahren in Sachen Andriof-Brücke hätten wir erwartet, dass zuerst das Planfeststellungsverfahren zur umstrittenen Andriof-Brücke abgeschlossen sein muss und erst danach mit der Planung des Ausbaus der Kreuzung begonnen wird und nicht schon vorher!

Die Vorgehensweise des Regierungspräsidiums sollte auch all denen zu denken geben, die meinen, der Bau der Andriof-Brücke und die dadurch verursachte zusätzliche Verkehrsbelastung auf der Westtangente Aldingen sei nur eine vorübergehende Erscheinung, nämlich so lange, bis der nach Kornwestheim durchgehende



DIESE KREUZUNG SOLL AUSGEBAUT WERDEN

Nord-Ost-Ring gebaut sei. Wenn diese Durchbindung schon unmittelbar nach dem Bau der Andriof-Brücke kommen sollte, wäre der jetzt geplante Ausbau der Kreuzung L 1144/K 1692 nicht notwendig. Umgekehrt: Durch den Ausbau der Kreuzung L 1144/K 1692 wächst die Wahrscheinlichkeit, dass die hohe Verkehrsbelastung auf der Westtangente tatsächlich kommt und dann auch noch dauerhaft bleibt. Daher lehnen wir den Ausbau der Kreuzung L 1144/K 1692 ebenso ab wie den Bau der Andriof-Brücke und des Nord-Ost-Rings. Auf diesen zusätzlichen Verkehr würden wir gerne verzichten.



Grün aktiv

Im Sommer sind alle im Urlaub oder Freibad? Von wegen: Der Kreisvorstand plant für die Ferienzeit interessante Besichtigungen, verschiedene Aktionen und Wander- oder Radtouren im Kreis. Gute Ideen und Helfer für unser Grünes Ferienprogramm sind herzlich willkommen! Näheres dazu gibt es in Kürze auf der Kreishomepage gruene-ludwigsburg.de

ren im Kreis. Gute Ideen und Helfer für unser Grünes Ferienprogramm sind herzlich willkommen! Näheres dazu gibt es in Kürze auf der Kreishomepage gruene-ludwigsburg.de

One editor-in-chief goes to America!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Ich werde mich von Deutschland voraussichtlich für ein Jahr verabschieden. Mich zieht es in die Vereinigten Staaten, wo ich zum Herbst ein Auslandsstudium antreten möchte. Ich werde ein Jahr dort studieren und nebenher eine wissenschaftliche Arbeit schreiben. Wer weiß, vielleicht hat die etwas mit Kohlendioxid ausstoß oder einen ähnlichen Thema zu tun. Ja, auch in Amerika ist dieses Thema in der Forschung bekannt und beliebt! Als angehende Verfahreningenieur interessiert es mich natürlich, wo sich der Ausstoß von Treinhausgasen direkt in Prozessen einsparen lässt. Führende Forschungsarbeiten in der Reaktionstechnik zeigen schon lange gute Ansätze.

Ich werde mich in 'Americas dailyland' Wisconsin aufhalten - ein schönes Land an für sich, außerdem guter Ausgangspunkt für weitere Entdeckungen.

Was bedeutet das für den Grünspiegel? Ich werde ihn weiterhin mit Julia zusammen erstellen - schließlich läuft die meiste Arbeit ja auch hier über die digitale Kommunikation. Die von vielen Grünen oft heftig kritisierte Globalisierung zeigt hier klare Vorteile!

So wird sich also nicht viel ändern - nur hier vor Ort kann ich natürlich nicht anwesend sein. Von daher hoffe ich, dass Julia von Euch tatkräftig beim Versand des Grünspiegels unterstützt wird. Mit hat die Erstellung des Grünspiegels in den vergangenen zweieinhalb Jahren viel Spaß bereitet und wird dies auch aus der Ferne tun. Ich danke hiermit allen, die Julia und mich in der letzten Zeit mit Artikeln und Rat und Tat unterstützt haben und hoffe, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird.

Wir sehen uns 2008 wieder! Bis dahin wünsche ich Euch allen alles Gute. Mit grünen Grüßen, Christian Gärtner

Situation der Hauptschulen im Kreis

Jürgen Walter: Das Schulsystem im Land muss fit gemacht werden für das 21. Jahrhundert

Die dramatisch sinkende Schülerzahl an den baden-württembergischen Hauptschulen hat Jürgen Walter zum Anlass genommen, von der Landesregierung für die Hauptschulen im Kreis Ludwigsburg eine Bestandsaufnahme über deren Situation und Entwicklung zu verlangen: „Die Tatsache, dass durch die Schülerzahlentwicklung immer mehr Hauptschulen einzügig werden, dass manche Hauptschulen sogar von der Schließung bedroht sind, ist ein Alarmzeichen. Es genügt nicht, von der Aufwertung der Hauptschule nur zu reden und dann an Symptomen herumzudoktern. Was wir brauchen, ist die Entwicklung unseres Schulens von der frühen Selektion im dreigliedrigen System hin zum längeren gemeinsamen Lernen.“ Nur das würde die Hauptschule wieder attraktiv machen. Aufgrund der sinkenden Schülerzahlen ist auch im Kreis Ludwigsburg in den nächsten Jahren damit zu rechnen, dass Hauptschulen bestenfalls einzügig gefahren werden können, andere müssten ganz geschlossen

werden. An einzügigen Schulen sei damit zu rechnen, dass die Qualität des Angebots verschlechtern würde. „Die Landesregierung hat sich bisher auf das große Engagement vieler Lehrerinnen und Lehrer an den Hauptschulen verlassen. Doch selbst die engagierteste Schule kann nicht alle Systemfehler ausmerzen.“ Der offene Brief der oberschwäbischen Schulleiter habe die Brisanz der Situation sehr deutlich gemacht. Der Leidensdruck müsse groß sein, wenn ausgerechnet aus dem konservativen Teil des Landes solch fundamentale Kritik geäußert werde. „Die Hauptschule wird weder von den Kindern noch von den Eltern akzeptiert, das bekommen die Schulleiter täglich zu spüren. Alle ‚Innovationen‘ der letzten Jahre haben im Großen und Ganzen nichts gebracht. Wer es irgendwie schafft, schickt sein Kind mindestens zur Realschule.“ Die Hauptschule drohe, zur Restschule zu verkommen, die nicht nur Eltern und Kinder, sondern auch die Lehrer abschreckt.

Vor diesem Hintergrund fragt Jürgen Walter auch nach der Entwicklung der Studierendenzahlen an den Pädagogischen Hochschulen mit dem Schwerpunkt Hauptschule. Hier sei ein deutlicher Einbruch zu befürchten: „Wo soll die Motivation zum Studium herkommen, wenn die Erneuerung eines Schulsystems, das deutlich reformbedürftig ist, weiterhin blockiert wird?“ Daher hofft er, dass Modellversuche zur Zusammenlegung von Hauptschule und Realschule, die im Kreis Ludwigsburg im Entstehen sind, unterstützt werden. „Wenn es motivierte Schulleiterinnen und Schulleiter gibt, die das Wort ‚Schulentwicklung‘ so verstehen, dass auch neue Wege ausprobiert werden müssen, sollte man ihnen keine Steine in den Weg legen.“ Ziel müsse es ein, auch den Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Schichten ein positives und anregendes Lernumfeld zu bieten. „Davon profitieren alle Beteiligten“, so der Grüne Landtagsabgeordnete abschließend. (reda)

Mit Bantam, Marketing und Hartnäckigkeit gegen Monsanto

VON JULIA SCHWEIZER

Ganz im Zeichen der Gentechnik stand unsere letzte Kreismitgliederversammlung. Der Grüne Ludwigsburger Stadtrat Christian Kopp berichtete dort von den Schwierigkeiten, mit denen Bauern generell zu kämpfen haben. „Ziel von vielen ist es, am Jahresende eine rote Null zu erwirtschaften“, fasste er den Überlebenskampf seiner Kollegen angesichts der Preismacht großer Händler und Geizhals-Mentalität auch bei vielen Verbrauchern zusammen. Der Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut würde da angesichts der prekären finanziellen Situation bei vielen Bauern ein offenes Ohr finden, denn dadurch könnten sie sonst benötigte Pflanzenschutzmittel sparen. Das Marketingargument, dass die Mehrheit der Verbraucher doch gentechnisch veränderte Pflanzen ablehne, ziehe seiner Ansicht nach noch nicht. Der derzeitige Boom nach Bioprodukten müsse daher wohl noch eine Weile auch mit ausländischer Ware – die dann unökologisch hierher transportiert werden muss – befriedigt werden. Denn die Umstellung einer Landwirtschaft auf biologischen Anbau dauert drei Jahre, in dieser Zeit könne der Bauer nur wenig mit seinem Land erwirtschaften.

Dennoch hat es sich Christian Kopp zum Ziel gesetzt, den Landkreis Ludwigsburg zur gentechnikfreien Zone zu erklären. Dazu spricht er die Bauern im Kreis an und versucht sie von einer ökologisch besseren Anbauweise zu überzeugen. Auch wenn die Resonanz besser sein könnte: „Ich bleibe dran“, verspricht der Landwirt aus Neckarweihingen. Auch Bündnispartner, z.B. aus dem kirchlichen Umfeld, sollen angesprochen werden. Zudem hat er Anfang Mai Bantam-Mais gepflanzt. Dort, wo diese gentechnikfreie Maissorte wächst, muss über den Anbau von Gentechnikmais in der Nachbarschaft genau informiert und der Bantam auch vor gentechnisch veränderten Pollen geschützt werden (siehe dazu auch Artikel auf Seite 2). Über die Gefahr von gentechnisch verändertem Saatgut sprach auch der Grüne Landtagsabgeordnete Jürgen Walter und zitierte dabei eine britische Studie, die Artenschwund als eine Folge der Gentechnik ausgemacht hatte. Unter anderem auch deshalb fordern die Grünen das Land auf, Schluss zu machen mit allen entsprechenden Versuchen.

Und was macht die Landesregierung?

Kopfschütteln rief bei den Mitgliedern die von Walter zitierte Äußerung des Landwirtschaftsministers Hauk

hervor, dass man nur durch die derzeit laufenden Versuche mit dem Genmais Monsanto eine Koexistenz mit naturbelassenen Pflanzen testen könne. Dass es auch anders gehe, würden z.B. die österreichischen Bundesländer Kärnten und Tirol zeigen, die keine gentechnisch veränderten Organismen zuließen und dies auch als Werbeeffekt nutzen. Hierzulande hätte man hingegen die Entfernung, die als Abstandsfläche zwischen beiden Anbauarten liege, bei 150 m festgesetzt. Früher habe dieser Wert allerdings bei ca. 1 bis 3 km gelegen, und auch Saatguthersteller empfehlen Landwirten 3 km, damit ihre Pflanzen nicht fremdbestäubt werden.

Doch nicht nur der Abstand gebe laut Walter Anlass zu Kritik, auch das veränderte Haftungsrecht sei ein Problem, nachdem man nun nachweisen müsse, woher genau verunreinigte Pollen gekommen seien und nicht mehr wie früher alle Besitzer von Genfeldern gemeinsam zur Rechenschaft gezogen würden.

Jürgen Walter forderte abschließend, das Land solle wieder die Umstellung auf biologische Landwirtschaft fördern und erinnerte in dem Zusammenhang daran, dass kurz nach dem Amtsantritt Merkels das Agrarprogramm von 150 auf 60 Mio € gekürzt worden sei.

Auf eine soziale Komponente wies dann auch ein Mitglied hin, das das Beispiel eines US-amerikanischen Konzerns schilderte, der gentechnisch veränderten und impotenten Mais in Mittelamerika verkaufe, der folglich jedes Jahr aufs Neue wieder von den Bauern in den USA nachgekauft werden müsse.

Landespolitik- und ausschuss

Ein weiterer Tagesordnungspunkt auf der Kreismitgliederversammlung war die Wahl der fünf Delegierten zum Landesauschuss, eine Art Kleiner Parteitag der Landesgrünen Ende Juni in Pforzheim. Dort soll es hauptsächlich um die Themen Klimaschutz, Grundsicherung und Bildungspolitik gehen.

Zudem gab der zweite Landtagsabgeordnete des Landkreises, Franz Untersteller, einen kurzen Abriss über die aktuelle Landespolitik und Themen, die die Grüne Fraktion derzeit bewegen. Er zog dabei einen Bogen von Oettingers Trauerrede für Filbinger und die Diskussionen, die noch immer die Gemüter erhitzen, über die Steuererhöhungen für das Land in Höhe von rund 1 Mrd €/Jahr bis hin zum angekündigten Fitnessprogramm des Landes für die Hauptschulen, das zu Unmut unter einigen Schulleitern geführt hatte (siehe dazu auch Artikel auf Seite 2 unten).

Bietigheimer Grüne zu Besuch im Landtag

Franz Untersteller über die Schultern schauen – das konnten im Mai 25 Grüne aus dem Wahlkreis Bietigheim-Bissingen, die auf Einladung des grünen Abgeordneten Franz Untersteller den Landtag besuchen. Während der monatlichen Plenarsitzungstage des baden-württembergischen Landtags nahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am offiziellen Besucherprogramm des Landtags teil. Es umfasst eine Einführung in die Parlamentsarbeit des Landtags, sowie die Möglichkeit eine Plenarsitzung zu besuchen. Als sehr positiv bewerteten die Bietigheimer Grünen das persönliche Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Franz Untersteller, stellv.

Fraktionsvorsitzender und energiepolitischer Sprecher der Grünen.

Franz Untersteller, der bereits am Vortag in die Debatte im Landtag zum Thema Klimaschutz in Baden-Württemberg eingriff, stellte den Besuchern seine Arbeit als Abgeordneter vor und gab einen kurzen Überblick über die Themen Klimaschutz und Energiepolitik in Baden-Württemberg. Traute Theurer, Stadträtin der GAL in Bietigheim-Bissingen, bewertete den Tag abschließend: „Es war interessant, in die Arbeit des Parlaments Einblick zu nehmen. Wir haben dabei gesehen, dass wir im Landtag durch unseren Abgeordneten gut vertreten werden.“ (reda)



Hochberger Tunnel: Vorwärts oder rückwärts?

VON THOMAS RIEK

Remseck. Die Hochberger Hauptstraße braucht Entlastung. Darüber besteht Einigkeit. Verkehrsplaner Hans Billinger brachte Anfang der 90er Jahre in einem Gutachten für die damalige Gemeinde Remseck neben anderen Ideen die Idee des Tunnels ins Gespräch. Doch erst die im Jahr 2000 gegründete Hochberger Bürgerinitiative brachte die Idee so weit nach vorne, dass sich Gemeinderat und Kreistag für den Bau des Tunnels ausgesprochen haben.

Jetzt will die Stadt ein Gutachten in Auftrag geben, das die ursprünglich verworfene Nordumfahrung Hochberg näher untersuchen soll. Grund ist, dass der Tunnel zu teuer sei und entgegen früheren Aussagen, die starke Steigung vom Neckar technisch doch überwindbar scheint. Wenn das Gutachten zum Ergebnis kommt, dass die Steigung vom Neckartal aus technisch bewältigbar ist, bleiben zumindest drei Fragen:

1. Soll das Landschaftsschutzgebiet Zipfelbachtal durch die Nordumfahrung zerschnitten und abgewertet werden?

2. Warum soll die Stadt Ludwigsburg einem Straßenbau auf ihrer Gemarkung zustimmen, der ihren Einwohnern keine Verkehrsentslastung bringt, ihnen jedoch ein wertvolles Naherholungsgebiet beeinträchtigt (der größte Teil des Landschaftsschutzgebietes und ein großer Teil der Nordumfahrung Hochberg liegt auf Ludwigsburger Gemarkung)

3. Bringt eine Nordumfahrung auch wirklich die erhoffte Entlastung für Hochberg?

Neben diesen Fragen muss auch die Frage nach der Glaubwürdigkeit von Politik erlaubt sein.

Warum wurden in der Vergangenheit locker Beschlüsse für den Tunnel ge-



LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET ZIPFELBACHTAL OBERHALB DER HOCHBERGER STEILHANGLAGEN (SCHRAFFIERT, GEMARKUNGSGRENZE DICK EINGEZEICHNET).

fasst und jetzt wo es langsam darauf ankommt, werden Lösungsvorschläge untersucht – und wohl bald vorgeschlagen –, die doch bereits verworfen waren?

Mit der Ansiedlung des Erdenwerks Riegraf wurde schon einmal in ein Landschaftsschutzgebiet eingegriffen. Das ging dann bis zum Petitionsaus-

schluss im Landtag. Natur und Landschaft sollten uns etwas wert sein, gerade dann, wenn sie bedroht sind. Es hat schon seinen Grund, warum Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. Beim Thema 2-spuriger Nord-Ost-Ring hat offensichtlich dieses Thema ebenfalls keinen Stellenwert mehr.

Grüne Wanderung im Kreuzbachtal

Unter dem Motto „Natur Pur“ erlebten Ende Mai rund 15 Teilnehmer der Grünen-Wanderung aus dem Kreis Ludwigsburg das Kreuzbachtal zwischen Nussdorf und Aurich. Zu Beginn der Wanderung bot eine Anhöhe in der flachhügeligen Muschelkalk-Landschaft die Gelegenheit für einen schönen Rundblick über weite Teile des Ludwigsburger Kreisgebietes. Heckengäu-Naturführerin Barbara Klein nahm die Gelegenheit wahr, mit Hilfe von 200 Millionen Jahre alten Steinen, stechend riechender Ameisensäure und Orchideen im Buchenwald den Weg zum Tal in eine Erlebnisreise umzugestalten. Das Kreuzbachtal mit seinen artenreichen Glatt-haferwiesen und wechselhafter Nutzungsgeschichte bot an dem sonnigen Maitag eine große Vielfalt an Pflanzen und Tieren. Seltene wie z.B. Bocksrümenzunge und Blauflügel-Prachtlibelle waren Wegbegleiter im Naturschutzgebiet „Riedberg“. Gewässer,



Steinriegel, Trockenmauern, Mager-rasen und Hecken geben hier dem Tal ein besonderes Gesicht. Beim Rückweg spürte die Gruppe den etwa 100 m Höhenunterschied deutlich, als sie im Schutz des Buchen-Hangwaldes wieder auf kurzem, aber steilen Weg nach Nussdorf unterwegs war. Ein

gelungener Ausklang des Tages war ein gemeinsames exotisch-thailändisches Essen.

Die nächste Wanderung der Kreisgrünen wird voraussichtlich am 26. August von Ludwigsburg zum Lemberg starten, genaueres bei den Terminen auf Seite 4. (reda)

Zügiger Ausbau des Nahverkehrsnetzes!

Kreistagsfraktion fordert mehr ÖPNV und weniger Straßenbau

„Der VVS unternimmt erhebliche Anstrengungen, die Vorteile des öffentlichen Nahverkehrs darzustellen.“, lobt der Fraktionsvorsitzende der Grünen Kreistagsfraktion, Daniel Renkonen, den Verbund. Allerdings muss zum Umsteigen auch das Angebot noch attraktiver gestaltet werden.

Die GRÜNE Kreistagsfraktion begrüßt ausdrücklich die Kampagne des VVS, Pendler zum Umsteigen in den öffentlichen Nahverkehr zu bewegen. Gerade für diejenigen, die täglich unterwegs sind ist der Nahverkehr die deutlich bessere Alternative. Neben den persönlichen Vorteilen der stressfreieren und günstigeren Fahrt profitiert die Allgemeinheit erheblich von den Nutzern des ÖPNV. „Die Feinstaubbelastung sinkt, das Unfallrisiko wird vermindert, die Straßeninstandhaltungskosten sinken und der ausufernde Neubau schnellerer Straßen wird unnötig.“ begründet die Sprecherin des Ausschusses für Umwelt und Technik, Eva Mannhardt, ihre Haltung. Gleichzeitig sollte aber vor allem das Angebot für alle diejenigen weiter verbessert werden, die nur ab und zu den ÖPNV benutzen. Dazu gehört jedoch auch in diesem Bereich eine attraktivere Preisgestaltung.

Völlig unverständlich ist es für die Grünen, dass der weitere Ausbau des regionalen Nahverkehrsnetzes nicht voran kommt. Verantwortlich für die Fehlentwicklung machen die Grünen die Landesregierung aber auch die Entscheidungsträger in der Region und den Kreisen. So wird die Liste der schlechten Beispiele immer länger. Mit der Streichung von wichtigen Nahverkehrszügen der DB werden jetzt vor allem diejenigen bestraft, die die Bahn regelmäßig nutzen und so einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz und zur Entschärfung der Verkehrsproblematik leisten.

Die neue Messe auf den Fildern an das S-Bahnliniennetz hatte 9 Jahre lang keinerlei Priorität bei den Planungen. Deshalb wird die Messe jetzt ohne Nahverkehrsanschluß eröffnet. „Das ist ein Armutszeugnis für die ganze Region.“ ärgert sich Kreisrätin Mannhardt.

Der Ringschluss der S-Bahnen in der Region ist noch lange nicht in Sicht. Eine Taktverdichtung ist angesichts der Überlastung des Knotens im Stuttgarter Hauptbahnhof nicht mehr darstellbar. In der Fläche fehlen attraktive Busverbindungen vor allem Abends und an den Wochenenden. „Der Fokus

der Planungen liegt offensichtlich ausschließlich im Straßenbau.“, vermutet die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Barbara Bader.

Das zeigt auch das jüngst veröffentlichte völlig absurde Gutachten des Regierungspräsidiums zur Straßenbedarfsmittlung in der Region Stuttgart. „Es wird noch nicht einmal in Erwägung gezogen, dass der Ausbau des ÖPNV den Straßenbedarf senken könnte.“, kritisiert Renkonen. Erhöhte Feinstaubbelastung, Flächenversiegelung und drastisch steigende Instandhaltungskosten auf Kosten der Steuerzahler werden der Bevölkerung auf fahrlässige Weise zugemutet.

Nachhaltiger ist die Verwendung der öffentlichen Mittel für Investitionen im Bereich des ÖPNV. Pressesprecherin Mannhardt fordert ein konsequentes Umsteuern: „Die Meinung, der Bau neuer Straßen wäre die Lösung aller Verkehrsprobleme hat sich doch längst als völliger Irrglaube erwiesen. Um den Verkehr im Ballungsraum in den Griff zu bekommen müssen wir endlich unseren gesunden Menschenverstand einsetzen. Der Verkehrskollaps lässt sich nur verhindern, wenn mit voller Kraft in Richtung ÖPNV gesteuert wird.“ (reda)

Der Regionalplan wird fortgeschrieben

VON JOSEF MATSCHINER

Wir fordern, den Modal Split zu Gunsten der Umwelt zu ändern: Weniger Flächenverbrauch – mehr Frei- und Erholungsflächen; mehr ÖPNV – weniger MIV (motorisierten Individualverkehr); mehr erneuerbare Energie – weniger endliche Energie, weniger Energieverbrauch!

Der Regionalplan wird fortgeschrieben für die Jahre 2010 bis 2020. Er legt fest, an welchen Entwicklungsachsen entlang gesiedelt werden soll, welchen Kommunen Siedlungsentwicklung zugestanden und welche auf Eigenentwicklung beschränkt werden; er definiert regionale Siedlungs-, Gewerbe- und Industrieschwerpunkte, aber auch die Gebiete, die vor Besiedlung zu schützen sind; er bestimmt den Verlauf von Straßen und Eisenbahngleisen und die Standorte für die Energieerzeugung.

Unser Bestreben ist es, der Fortschreibung ökologische Akzente zu geben. Wir wollen den Flächenverbrauch verringern, am liebsten ganz stoppen, und im Gegenzug Frei- und Erholungsflächen gewinnen. Im Regionalplan finden wir rund um die Kommunen „weiße Krägen“, Flächen, die noch keiner Bestimmung unterliegen und von den Bürgermeister als ihre Siedlungsreserven betrachtet werden. Diese Flächen wollen wir als Grünzäsuren vor Bebauung sichern. Weitere Möglichkeiten, Freiflächen zu sichern, gibt es, indem man geplante Wohnungsschwerpunkte wie das „Hartenecker Feld“ oder die freigehaltene Trasse für den Nord-Ost-Ring aufgibt und für den Ackerbau sichert.

„Mehr ÖPNV“ war bereits ein verbales Bekenntnis des Regionalplanes und ist auch eines im Entwurf des neuen. Gleichzeitig finden wir hier jede Menge neue Straßen: Umgebungsstraßen, vierspurige Verbindungsstraßen, achtspurige Autobahnen. Diese Straßenplanungen beruhen auf veralteten Bedarfsprognosen. Unserer Kenntnis nach sind die Verkehrszahlen rückläufig. Wir fordern den Bedarf zu überprüfen und zunächst den Regionalverkehrsplan fortzuschreiben. Dabei sollte es Maßgabe sein, alles zu tun, was den Modal Split zu Gunsten des ÖPNV ändert.

Wollen wir Windräder oder große Solarflächen im Landschaftsschutzgebiet? Wollen wir Biogasanlagen in den Grünzäsuren? Dazu gibt es auch bei uns Grünen unterschiedliche Meinungen. In der Regionalversammlung wird das bislang sehr restriktiv gehandhabt. Wir wollen, dass der neue Regionalplan ein Klimaschutzkonzept enthält mit einer aufgeschlossenen Standort- und Förderpolitik für erneuerbare Energie und einer offensiven Förderung des Energiesparens, sei es durch Wärmedämmung oder durch Entwicklung sparsamer Motoren.

Der Entwurf des Regionalplanes wird im Juni erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Infoveranstaltungen gibt es in Bietigheim und in Remseck. Die Anhörung der Träger öffentlicher Belange, also auch der Kommunen und Gemeinderäte findet im Oktober statt. Im Sommer 2008, soll der neue Regionalplan verabschiedet werden. Eure Meinungen als grüne Gemeinderätinnen und -räte interessieren uns natürlich. Teilt sie uns bitte mit. E-Mail matschiner.lb@t-online.de

50 Millionen Euro...

nerativer Energie zu versorgen. Eine Biogasanlage sowie eine benachbarte Holzhackschnitzelanlage sorgen, in Verbindung mit einem neu errichteten Nahwärmenetz, für eine komplette regenerative Strom- und Wärmeversorgung der Kommune. Mittels einer verbesserten Förderung für die Errichtung von Nahwärmenetzen wollen wir Projekte dieser Art auch in anderen Teilen des ländlichen Raums voranbringen.

• Wärmenutzung aus Abwasserkanälen Dass unter unseren Füßen in den weit verzweigten Abwasserkanälen ebenfalls eine interessante Energiequelle schlummert, ist bislang kaum bekannt und noch weniger genutzt. Experten gehen davon aus, dass die dort vorhandene Wärme theoretisch ausreichen würde, um jede zehnte Gebäudeheizung zu versorgen. Erfahrungen aus der Schweiz belegen, dass dank Temperaturen, die sich auch im Winter beim Abwasser zwischen 10°C und 15°C bewegen, mit dem Einsatz von Abwasserwärmepumpen eine sehr positive Primärenergie- und CO₂-Bilanz erreicht werden kann. Mit einem zeitlich befristeten Förderprogramm „Klimaschutz aus Abwasserkanälen“ wollen wir die Realisierung und die wis-

senschaftliche Begleitung von je 5 Projekten pro Regierungsbezirk seitens des Landes unterstützen.

• Kraft-Wärme-Kopplung Bis zu 20% des Stroms in Baden-Württemberg könnte laut einem schon im Jahr 2002 für die Landesregierung erstellten Gutachten durch hocheffiziente und dadurch CO₂-sparende Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erzeugt werden. In einem neuen Kraft-Wärme-Kopplungs-Ausbauprogramm werden die Voraussetzungen geschaffen, dass dieses Potenzial gehoben wird. Dazu werden v.a. die Förderung von Blockheizkraftwerken (BHKW) ausgebaut, die Errichtung von Nahwärmenetzen besonders im Altbaubestand verstärkt gefördert und Demonstrationsvorhaben für innovative KWK-Lösungen. • Regionalzüge wieder einsetzen Am 10. Juni machte das Land den Schritt in die Vergangenheit: Mit dem Sommerfahrplan wird der regionale Schienenverkehr zurückgebaut. Das können wir verhindern: Das Land finanziert schon zum Winterfahrplan den erneuten Betrieb der gestrichenen Verbindungen; angesichts der Notwendigkeit zur CO₂-Reduzierung ein Weg zurück in die Zukunft.

Urabstimmungsinitiativen

Der Kreisverband Freiburg will eine Urabstimmungsinitiative zur „Trennung von Amt und Mandat im Landesvorstand“ einleiten. Daraufhin gab es eine Gegen-Initiative der Grünen Jugend, mitgetragen u.a. von Beate Müller-Gemmecke (Landesvorstand).

Laut dem bei der LDK in Bad Krozingen neu beschlossenen Urabstimmungsstatut der Landessatzung ist für eine Urabstimmung die Unterstützung

von 5 % aller Mitglieder oder eines Viertels der Kreisverbände notwendig. Beide Antragsteller haben Unterschriftenlisten und die genauen Änderungsanträge auf ihren Homepages eingestellt.

Bei Rückfragen könnt Ihr Euch gerne an Sie oder an uns wenden.

Kreisvorstand KV Ludwigsburg
kv.ludwigsburg@gruene.de

Wirtschaftspolitik und -förderung in der Region Stuttgart

VON ILSE MAJER-WEHLING

„Wir wollen keine Globalisierung, die nur von Handels- und Geschäftsinteressen gelenkt wird, sondern eine, die sich neben der Ökonomie auch auf soziale und ökologische Bereiche erstreckt. Die drei Parameter Wirtschaft, Ökologie und Soziales müssen ineinander greifen. Hier die richtige Balance herzustellen, das ist die Herausforderung, vor die wir uns angesichts der Globalisierung gestellt sehen“.

Aus der Ende Mai verabschiedeten Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA.)

Die Wirtschaft beeinflusst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Vom Handeln der Unternehmen hängt es entscheidend ab, wie viel Zukunftschancen der Einzelne hat und ob die Potenziale einer Gesellschaft optimal genutzt werden, diese zukunftsfähig zu gestalten. Dem unternehmerischen Handeln kommt deshalb von jeher eine wichtige Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung zu. Nur wenige Regionen in Deutschland und europaweit weisen eine ähnliche Wirtschaftskraft und attraktive Standortbedingungen auf wie die Region Stuttgart. Dennoch werden fundamentale Anforderungen, der sich eine Wirtschaft im 21. Jahrhundert stellen muss, weitgehend außer Acht gelassen. Der Klimawandel findet in der Wirtschaft noch viel zu wenig statt. Fortbildung und Qualifizierung, insbesondere von Benachteiligten (Jugendliche und gering Qualifizierte) wird gern Anderen überlassen. Die Grünflächen in der Region werden als Reservelandschaft, aber nicht als erhaltenswerte Umwelt, betrachtet. Die Wirtschaft in der Region ist weitestgehend vom Auto abhängig.

„Die Akteure in der Region sehen sich als Pioniere des technologischen und wirtschaftlichen Fortschritts sowie der sozialen und ökologischen Verantwortung...“. So heißt die Vision in der Vorlage der Wirtschaftsausschuss im Februar 2007 beschlossenen „Handlungsfelder einer regionalen Strategie zur Wirtschaftsförderung 2020“. Schön, wenn diese Vision mit ihren ökologischen und sozialen Eckpunkten Realität würde.

In den Haushaltsberatungen 2007 hat die Wirtschaftsregion Stuttgart GmbH (WRS) 1 Mio € zusätzlich erhalten, eine große Summe, die die Region für eine nachhaltige, d.h. zukunftsfähige Wirtschaftspolitik nutzen sollte.

Edith Sitzmann und Gerhard Schick haben uns vor einiger Zeit in der Fraktion besucht und über das Thema Wirtschaft aus Landes- bzw. Bundes-sicht informiert. Daraufhin ist ein Positionspapier entstanden, das bei Entscheidung über die Strategie 2020 der WRS im Wirtschaftsausschuss – voraussichtlich Herbst 2007 – endgültig vorliegen soll.

Wir haben uns gefragt, was ist grüne Wirtschaftsförderungspolitik und was will sie.

Übergeordnetes Ziel grüner Wirtschaftspolitik sind gerechte globale Märkte mit fairen Wettbewerbsbedingungen und einem ökologischen und sozialen Ordnungsrahmen. Fair heißt: umfassende Marktinformationen, Verhandlungen von Markt beherrschenden Positionen, beschränkte Ausnahmeregelungen für Entwicklungsländer.

Grüne Wirtschaftspolitik will:

- die Verknüpfung von Ökologie, Ökonomie und sozialer Verantwortung.
- die Beendigung des übermäßigen Verbrauchs von Ressourcen, von massiven Umweltbelastungen und unakzeptabler Kurzfristorientierung in Wertschöpfungsprozessen, damit die Folgen des Wirtschaftens nicht zu Lasten natürlicher Lebensgrundlagen und zukünftigen Generationen gehen
- Bildung und Weiterbildung für alle als Grundlage für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit
- eine Wettbewerbsfähigkeit, deren zentrale Faktoren Mitarbeitermotivation, soziale Kreativität, flexible Arbeitszeitmodelle und lebenslange Freude am Lernen sind
- Qualität und Lebensqualität
- Orientierung am Kreislaufgedanken (Produktions- und Prozesskreislauf) und an Nachhaltigkeit (Dauerhaftigkeit)
- Orientierung an Internationalität, gleichzeitig aber auch regional.
- die Stärkung aller Elemente, die zu mehr Eigenverantwortung führen, ohne die staatliche Fürsorgepflicht durch die Sicherungssysteme abzulehnen
- ... und beurteilt (nach Gerhard Schick) ein Produkt anhand folgender Fragen:
 - Was kommt in das Produkt hinein? (Ressourcenfrage)
 - Was passiert im Produktionsprozess? (z.B. Kinderarbeit, Umweltbelastung)
 - Welcher Art ist das Produkt, was kann damit gemacht werden? (z. B. militärische Güter)

• Was wird aus dem Produkt? (Logistik, Abfall)

Regionale Wirtschaftsförderung

Regionale Wirtschaftsförderung ist ein Teilbereich der Wirtschaftspolitik, der durch öffentliche finanzielle oder beratende Förderung die Wirtschaftsstruktur in der Region verbessern will. Er wird der Daseinsvorsorge zugeordnet. Im Gründungsprotokoll der Wirtschaftsförderung GmbH heißt es: Die Region handelt bei der Wirtschaftsförderung „in ökologischer Gesamtverantwortung“.

Grüne Wirtschaftsförderungspolitik will als übergeordnetes Ziel die hohe wirtschaftliche Leistungskraft der Region erhalten, aber dabei umsteuern zu einer nachhaltigen, d. h. sozial gerechten, ökologisch tragfähigen und ökonomisch effizienten Wirtschaft, die Beschäftigung schafft. In Anbetracht der großen Herausforderungen wie Klimawandel, endliche Ressourcen, Alterung der Gesellschaft, Armut und v.a. Globalisierung kann das nur mit einer Ressourcen schonenden Ökonomie gelingen, mit umweltverträglichen Produkten, Dienstleistungen und Technologien und unter Berücksichtigung der Technikfolgen. Die künftige Strategie 2020 braucht dafür Ziele und Rahmenbedingungen, die festlegen, wie das Leitziel erreicht werden kann.

Grüne Wirtschaftsförderungspolitik will zum Beispiel:

- eine Förderung der Umwelt-, Energie- und Effizienzwirtschaft – durch aus in Form von Cluster- und Netzwerkinitiativen, jedoch primär für neue Technologien in den Bereichen Energie und Material, Gesundheit und umweltschonenden Straßenverkehr. Gefördert werden sollen nur Technologien, Produkte und Dienstleistungen, die zivilen Zwecken dienen. Wir fordern dafür eine Koordinierungsstelle
 - eine Innovationsstrategie mit richtiger Schwerpunktsetzung. Innovationen setzen Kreativität voraus; das bedeutet mehr Investitionen in Bildung und Forschung
 - eine verstärkte Kooperation von Wirtschaft und Forschung, v.a. durch Unterstützung des Wissenstransfers – insbesondere zu Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU).
- Es sind vorrangig KMU und ExistenzgründerInnen, die mit ihrem Einsatz und ihrer Risikobereitschaft

wirtschaftliche Dynamik und Arbeitsplätze schaffen

• Stoffkreisläufe – wo immer möglich, sowohl Produkt- wie und Prozess bezogen. End-of-pipe-Technologien lehnen wir ab (diese Technologien sind additive Umweltschutzmaßnahmen. Sie verändern nicht den Produktionsprozess selbst, sondern verringern die Umweltbelastung durch nachgeschaltete Maßnahmen. Beispiele sind Partikelfilter oder Entschwefelungsanlagen. Der integrierte Umweltschutz ist die umweltschonendere Form)

• kleinere, dezentrale (und regionale) Einheiten anstelle von technologischen Großprojekten (S-21, Messe)

• eine Neuorientierung der Automobil-Wirtschaft. Das Auto kann in einem zukunftsfähigen Mobilitätskonzept nur in einer extrem Kraftstoff sparenden Variante eine Rolle einnehmen. Die Umsetzung von technologischen Neuerungen in den Markt, für die es schon seit Jahren Konzepte gibt, muss endlich stattfinden

• ein Kompetenzzentrum Ökologie als eine Art „Thinktank“, das neue Entwicklungen aufzeigt und vorhandenes Umweltwissen voranbringt. Der Umsatz der Umweltbranche wird sich nach der jüngsten Roland-Berger-Studie bis zum Jahr 2030 versechsfachen und damit neue Arbeitsplätze schaffen und den Fahrzeugbau als Leitbranche für die deutsche Wirtschaft ablösen

• ein Kompetenzzentrum Logistik – eventuell durch Ausbau des KLOK in Kornwestheim – mit der Kernaufgabe, Lösungswege für die Güterverteilung aufzuzeigen

• den verbesserten Zugang kleiner Unternehmen zu passenden Finanzierungen. Es müssen Risikokapitalbeteiligungen gezielt gefördert werden, damit die Innovationen auch finanziert werden, die wir für gute ökologische und soziale Politik brauchen

• Unterstützung der KMU bei der Einführung altersgerechter Personalentwicklungskonzepte. In der Mehrzahl der KMU findet kaum Weiterbildung und keine Personalentwicklung statt

• eine Arbeits- und Beschäftigungspolitik, die in einer alternden Gesellschaft für qualifizierte Nachwuchs- und Fachkräfte sorgt, z. B. durch Förderung von gering Qualifizierten (MigrantInnen etc.) und Steigerung des Anteils von Frauen – besonders in Führungspositionen. Der Fachkräftemangel könnte besser bewältigt werden, wenn das Potenzial der hoch qualifizierten Frauen genutzt würde. Die WRS stützt sich in ihren Anstrengungen bisher nur auf den Aspekt der

TERMINE

KV

Samstag, 7. Juli, 10.45 Uhr
Radtour nach Stuttgart zur „Live Earth“-Übertragung des KV Stuttgart
Treffpunkt am Forum Ludwigsburg

Dienstag, 17. Juli, 19 Uhr
Diskussion zur Grundsicherung mit Thomas Poreski, Claus Langbein & Vertreter der LudwigsTafel
Ratskeller Ludwigsburg

Samstag, 21. Juli, ab 19 Uhr
Grünes Gartenfest bei Susanne Häusser-Essig
mit Live-Band, Kostenbeitrag 6 €
Hauptstraße 23, Vaihingen

Sonntag, 26. August, 10.30 Uhr an der Neckaranlegestelle Hoheneck
Wanderung zum Lemberg
Info und Anmeldung: Roswitha Matschiner matschiner.lb@t-online.de oder Tel. 07141/84848

Samstag, 15. September, 11 Uhr
beim Brunnen am Forum
Start der Tour de Städtle
Info und Anmeldung bei Roswitha

OV Asperg und Tamm
Donnerstag, 28. Juni, 20 Uhr
Filmvorführung und Diskussion
„Eine unbequeme Wahrheit“
Alte Kelter Tamm
Eintritt 4 €, Vvk: Schreibwaren
Wolf Asperg

OV Neckar-Stromberg
Donnerstag, 12. Juli, 20 Uhr
OV-Treffen
Bebenhäuser Hof, Bönnigheim

Der Ökostrom-Anbieter Elektrizitätswerke Schönau feiert vom 29. Juni bis 1. Juli in Schönau im Südschwarzwald das zehnjährige Jubiläum der Stromnetzübernahme
Mehr unter www.ews-schoenau.de

Impressum

GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Ludwigsburg,
Ortsverband Ludwigsburg
Im Umland, Umlandstraße 21
17638 Ludwigsburg
Tel: 07141-927926
Fax 07141-905194
kv.ludwigsburg@gruene.de
www.gruene-ludwigsburg.de
KontoNr: 253074029, Volksbank Ludw.
BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

Redaktion (ViSDP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination
Christian Gärtner, Julia Schweizer
gruenspiegel@gmx.de

Druck
Druckerei Ratz, Schönaich

Ausgabe
Mai/Juni 2007

Auflage
700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsverbandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.